

## Konfrontation als Ziel 22.08.2016



**BERLIN/MOSKAU** (Eigener Bericht) - Vor der russischen Duma-Wahl diskutiert das außenpolitische Establishment der Bundesrepublik über die künftige Außenpolitik Russlands und über die angemessenen westlichen Reaktionen. Hintergrund ist die Beobachtung, dass die außenpolitischen Analyseapparate das russische Vorgehen sowohl im Ukraine-Konflikt als auch

im Syrien-Krieg nicht vorausgesehen haben, wie die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in einer aktuellen Studie konstatiert. Die Ursachenanalyse der SWP bietet Hinweise, dass Politiker und Experten eigenen Propaganda-Behauptungen aufgesessen sind und durch "schablonenhafte" Interpretationen "blind" für die tatsächliche Entwicklung wurden. Wie es in einem Diskussionsbeitrag heißt, den ein namhafter russischer Experte verfasst hat, sei davon auszugehen, dass Moskau, aber auch die westlichen Mächte vorläufig die außenpolitische Konfrontationspolitik weiterführen würden; dies entspreche ihren Interessen: Beide Seiten würden damit versuchen, ihre Bündnisse und ihr immer stärker gespaltenes Inneres zu konsolidieren. Im Westen belege das die gebetsmühlenartige "Erwähnung von Putin in den Kampagnen und Wahlkämpfen der 'Parteien des Establishments'".

### Eine Wahrnehmungslücke

Vor der russischen Duma-Wahl am 18. September diskutiert das außenpolitische Establishment der Bundesrepublik über die künftige Außenpolitik Russlands und darüber, wie Deutschland, die EU und die NATO darauf reagieren sollen. Hintergrund ist die Beobachtung, dass die außenpolitischen Analyseapparate in den vergangenen Jahren mehrfach bedeutende strategische Entscheidungen Moskaus nicht vorhergesehen haben. So stellt die vom Kanzleramt finanzierte Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) fest, "rückblickend" werde zwar "deutlich, dass die Ereignisse in der Ukraine oder in Syrien nicht aus dem Nichts kamen"; "vielmehr lagen ihnen Entwicklungen zugrunde, die sich über einen längeren Zeitraum abgezeichnet hatten", die aber im Westen weder von Experten noch von Politikern "ausreichend wahrgenommen wurden".[1] Diese - offenbar gravierende - Wahrnehmungslücke soll nun geschlossen werden.

### Blind für die Tatsachen

Zu den Ursachen der Wahrnehmungslücke werden verschiedene Hinweise geäußert. Die SWP etwa bringt zum einen strukturelle Gründe in Anschlag. So schreibt sie, "in die Zeit zwischen dem russisch-georgischen Krieg im August 2008 und der Annexion der Krim im März 2014" seien "die EU-interne Finanz- und Institutionenkrise sowie der Arabische Frühling" gefallen - "Großereignisse", die Osteuropa "aus der öffentlichen und politischen Wahrnehmung" verdrängt hätten.[2] Weitere Hinweise deuten allerdings darauf hin, dass Politiker und Experten in gewissem Maß der eigenen westlichen Propaganda aufsaßen. So seien die "Farbrevolutionen" in Russlands Nachbarstaaten "schablonenhaft entlang der Unterscheidung zwischen demokratisch vs. undemokratisch und pro-westlich vs. pro-russisch interpretiert" worden, urteilt die SWP; die Zuschreibung "demokratisch-westlich" bzw. "undemokratisch-russisch" habe einen differenzierten Blick auf die tatsächliche Entwicklung verhindert. Auch habe "die Selbstbeschreibung als transformative Friedensmacht" Berlin und die EU "blind für die Tatsache" gemacht, "dass man immer tiefer in die geopolitischen Spannungen in Osteuropa hineinglitt". In den an der Universität Bremen publizierten "Russland-Analysen" urteilt ein Experte zudem, "die führenden westlichen Mächte" hätten die erkennbare "Unzufriedenheit Moskaus nicht ernst" genommen - ein Hinweis auf ein Überlegenheitsgefühl im westlichen Establishment, das die Aufmerksamkeit für Moskau verringerte und wichtige Entwicklungen nicht mehr rechtzeitig erkennen ließ.[3]

### Annäherung an den Westen

In der aktuellen Diskussion darüber, welche Außenpolitik in Zukunft von Moskau zu erwarten sei, stellen die "Russland-Analysen" einen Beitrag zur Debatte, dessen Autor von einer Fortsetzung der aktuellen Konfrontationspolitik ausgeht. Fjodor Lukjanow, Präsidiumsvorsitzender des Russischen Rates für Außen- und Verteidigungspolitik sowie Chefredakteur der Zeitschrift *Russia in Global Affairs*, begründet dies in einem Rückblick auf die Beziehungen zwischen den westlichen Mächten und Russland in den vergangenen 25 Jahren. Wie Lukjanow festhält, hat Moskau bis ins Jahr 2014 "versucht, einen Platz im westlichen Orbit einzunehmen". Die Blütephase dieser Bestrebungen seien die Jahre von 2001 bis 2006 gewesen, als es dem Staatspräsidenten Wladimir Putin gelungen sei, "die Lage nach dem Chaos der 1990er zu stabilisieren, das System der staatlichen Verwaltung wiederherzustellen und dadurch das Interesse eines Teils der westlichen Unternehmerschaft zu wecken".[4] Diese Phase sei "durch eine höchst ambitionierte Agenda für die Beziehungen zum Westen gekennzeichnet" gewesen", ruft Lukjanow in Erinnerung: "Zusammenarbeit mit den USA bei der Terrorbekämpfung, Erörterung 'Gemeinsamer Räume' mit der EU, und sogar vorsichtige Hinweise auf ein mögliches Interesse Russlands an einer NATO-Mitgliedschaft".

### **Die Betonung der äußeren Bedrohung**

Lukjanow zufolge ist Moskaus Bemühen um Einbindung in die westlichen Strukturen nicht nur an äußeren, sondern auch an inneren Ursachen gescheitert. Zu den externen Gründen habe der "Unwille" im Westen gehört, "mit Russland wie mit einem Gleichberechtigten umzugehen", zudem "die Expansion der westlichen Institutionen mit dem Ziel einer 'Aneignung' des sowjetischen Erbes" - ein Beispiel bot die fehlende Bereitschaft Berlins und Brüssels, die EU-Assoziierung der Ukraine mit Moskau abzustimmen. Auch "die Wandlung der NATO von einem reinen Verteidigungsbündnis aus der Zeit des Kalten Krieges zu einem Block, der regelmäßig Kriege führt", habe für Moskaus Abwendung vom Westen eine Rolle gespielt. Zudem seien russische Bemühungen, durch Übernahmen oder Beteiligungen an westlichen Unternehmen "einen vollwertigen Anschluss an moderne Technologien herzustellen, ... auf offene Gegenwehr" gestoßen. Doch gebe es auch bedeutende interne Motive. So habe sich in den vergangenen 25 Jahren "nicht Russland als Staat ..., sondern das oberste Segment der russischen Gesellschaft" in die westlich dominierte Welt integriert; die russische Bevölkerung sei "in eine 'fortgeschrittene' Minderheit, die sich an dem globalen Umfeld orientiert, und eine 'nationale' Mehrheit" gespalten. Russland sei es also weder gelungen, "einen gehörigen Platz in der Welt einzunehmen", noch, ein "aussichtsreiches Entwicklungsmodell für Wirtschaft und Gesellschaft auszuarbeiten".[5] In dieser Situation habe "die Notwendigkeit, der inneren Entwicklung neue Impulse zu verleihen", wie auch "die schwieriger werdende internationale Lage" den "wichtigsten Mechanismus zur Konsolidierung Russlands in Gang" gesetzt: "die Betonung einer äußeren Bedrohung". Diese solle es ermöglichen, "äußere Einflüsse auf die eigene Gesellschaft zu regulieren" und "ein neues Entwicklungsmodell zu formulieren".

### **Instrument der Einschüchterung**

Lukjanow hebt erstaunliche Parallelen zwischen den Entwicklungen in Russland und in den westlichen Staaten hervor. So zeige sich die "Kluft zwischen einer immer stärker kosmopolitischen Elite" und einem wachsenden, vom ökonomischen Fortschritt ausgeschlossenen Teil der Bevölkerung auch in den USA - Lukjanow verweist auf die breite Zustimmung für Donald Trump -, in Großbritannien - dort sei die Kluft im Brexit-Referendum deutlich geworden - und in Kontinentaleuropa, wo rechte Parteien an Zulauf gewinnen. Außenpolitisch belegten gerade westliche Initiativen wie TTIP die Absage an die offiziell propagierte "Philosophie der universellen Offenheit". Der westliche "Protektionismus neuer Qualität" gehe nicht umsonst mit scharfer Abschottung gegenüber Russland einher. Auch die westlichen Mächte hätten massive "innere Probleme", die es nahelegten, durch das Beschwören einer äußeren Bedrohung den Zusammenhalt der eigenen Bündnisse und des eigenen Inneren zu sichern; jedenfalls sei "die Häufigkeit, mit der die Erwähnung von Putin in den Kampagnen und Wahlkämpfen der 'Parteien des Establishments' ... gegen die 'Aufrührer' eingesetzt wird ..., erstaunlich": "Die Figur Putin wird als Instrument zur Einschüchterung der Wähler benutzt, damit diese nicht vom Mainstream abweichen."[6]

### **Risikomanagement**

Während Lukjanow davon ausgeht, dass "beide Seiten ... gewichtige interne Gründe" haben, "sich auf eine Konfrontation zu verlegen", dass also mit einer Fortdauer der Konfrontationspolitik zu rechnen sei und man vor allem das - auch militärische -

"Risikomanagement" verbessern müsse, macht sich die SWP daran, über mögliche offensive Schritte Russlands in der Auseinandersetzung zu spekulieren und Gegenmaßnahmen zu erwägen. german-foreign-policy.com berichtet in Kürze.

Mehr zur deutschen Russlandpolitik: [Die westliche Doppelstrategie \(I\)](#) , [Die westliche Doppelstrategie \(II\)](#) , [Streit um die Russland-Sanktionen \(I\)](#) und [Streit um die Russland-Sanktionen \(II\)](#) .

[1], [2] Sabine Fischer, Margarete Klein (Hg.): Denkbare Überraschungen. Elf Entwicklungen, die Russlands Außenpolitik nehmen könnte. SWP-Studie S 15, Juli 2016.

[3], [4], [5], [6] Fjodor Lukjanow: Logik der Konfrontation: das interne Motiv. In: Russland-Analysen Nr. 320, 15.07.2016. S. 2-5.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)